

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Alexander Licht (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Neuregelung von „Flohmärkten“ an Sonn- und Feiertagen

Die **Kleine Anfrage 1197** vom 8. November 2012 hat folgenden Wortlaut:

Die Landesregierung hat seit mehr als zwei Jahren eine Neuregelung von Flohmärkten an Sonn- und Feiertagen angekündigt. Ein den Veranstaltern wie der Öffentlichkeit angekündigter Regelungstermin wurde mehrfach verschoben.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Gründe sind für das bisherige Hinauszögern einer Neuregelung von „Floh- und Trödelmärkten“ in Rheinland-Pfalz verantwortlich?
2. Welche Folgen hat dies bisher für Genehmigungen der Veranstalter bzw. auf welcher Basis werden Einzelgenehmigungen derzeit erteilt?
3. Welchen Entscheidungsraum haben welche örtlichen Behörden auf welcher Rechtsbasis derzeit?
4. Mit welchem Ziel will die Landesregierung auf welcher Rechtsbasis und bis wann eine allgemein verbindliche Regelung für Genehmigungen von Floh- und Trödelmärkten an Sonn- und Feiertagen schaffen?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 28. November 2012 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Festsetzung von gewerblichen Veranstaltungen nach Titel IV der Gewerbeordnung (GewO) ist nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts Neustadt a. d. W. sowie des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz aufgrund fehlender landesrechtlicher bzw. bundesrechtlicher Ermächtigungen an Sonn- und Feiertagen grundsätzlich nicht möglich. Dies bedeutet, dass auch die bisher als Jahrmärkte festgesetzten Floh- und Trödelmärkte kein landesrechtlich vermitteltes Privileg genießen. Bei der beabsichtigten Neuregelung ist der gebotene Schutz des Sonntags ebenso zu berücksichtigen wie die Tatsache, dass die derzeit in der Gewerbeordnung vorgesehenen Markttypen der Vielzahl des praktizierten Marktgeschehens nicht gerecht werden.

In diesem Zusammenhang muss einerseits der verfassungsrechtlich normierte Schutz der Sonn- und Feiertage Berücksichtigung finden und gleichzeitig eine moderate Anpassung der Markttypen erfolgen. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben, die im Zusammenhang mit dem Schutz der Sonn- und Feiertage zu beachten sind, wurden u. a. vom Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Berliner Ladenöffnungsgesetz nochmals deutlich hervorgehoben. Demzufolge kann der Gesetzgeber den Sonn- und Feiertagsschutz zwar einschränken, die Wahrung eines hinreichenden Schutzniveaus muss aber weiterhin gewährleistet sein. Die Tatsache, dass verfassungsrechtlich verankerte Schutzgüter betroffen sind, spricht für das dringende Gebot einer sorgfältigen Abwägung.

Zu Frage 2:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können gewerbliche Floh- und Trödelmärkte an Sonn- und Feiertagen nicht festgesetzt werden. Veranstaltungen können an Sonn- und Feiertagen nur dann durchgeführt werden, wenn diese dem Wesen des Sonn- und Feiertags nicht widersprechen. Dies gilt beispielsweise bei nach Titel III der Gewerbeordnung genehmigten Volksbelustigungen unter Berücksichtigung des Ladenöffnungsgesetzes Rheinland-Pfalz. Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz hat zudem darauf hingewie-

b. w.

sen, dass im Rahmen verkaufsoffener Sonntage Marktveranstaltungen, folglich auch Floh- und Trödelmärkte, möglich sind. Abschließend sind die Veranstaltungen zu nennen, die nicht den gewerberechtlichen Vorgaben unterliegen. Hierbei handelt es sich vorrangig um Veranstaltungen von Kirchen oder gemeinnützigen Vereinen mit privaten Verkäufern, die gelegentlich stattfinden und ohne gewerblichen Veranstalter organisiert werden, die nicht mit der Zahlung eines Standgeldes verbunden sind und bei denen lediglich gebrauchte Einzelgegenstände des alltäglichen häuslichen Lebens ohne Neuwaren zum Kauf oder Tausch angeboten werden.

Zu Frage 3:

Die nach der Landesverordnung über die Zuständigkeiten im Gewerberecht vom 30. Januar 2001 örtlich zuständigen Gewerbebehörden entscheiden auf Grundlage der Gewerbeordnung über die Zulässigkeit von Veranstaltungen.

Zu Frage 4:

Die Landesregierung möchte gewerbliche Floh- und Trödelmärkte im gewissen Umfang an Sonntagen ermöglichen. Hierfür wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Ausübung der im Rahmen der Föderalismusreform aus dem Jahre 2006 übergebenen Gesetzgebungskompetenz die landesrechtliche Grundlage geschaffen. Derzeit findet die Schlussabstimmung auf der Fachebene statt. Im Anschluss daran wird zeitnah dem Ministerrat ein Entwurf vorgelegt. Danach wird der Gesetzentwurf das parlamentarische Verfahren durchlaufen.

Eveline Lemke
Staatsministerin